

Protokoll über die 36. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
25.04.2016, 15:00 Uhr, im Hodlersaal des Rathauses, Trammplatz

Ende: 16:50 Uhr

A	<u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>		
	Ratsherr Müller-de Buhr als Vorsitzender	-	SPD-Fraktion
	(Herr aus der Fünten)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Ratsfrau Barnert	-	SPD-Fraktion
	(Ratsherr Bindert)	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Herr Boes)	-	Vertreter des diakonischen Werks
	Herr Duckstein	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Herr Dymala)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Ratsherr Farnbacher	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Beigeordneter Förste)	-	DIE LINKE.
	(Ratsfrau Gamoori)	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Gill	-	SPD-Fraktion
	Frau Heusler	-	Caritasverband Hannover e. V.
	(Herr Hohfeld)	-	Paritätischer Wohlfahrtsverband Hannover
	(Ratsfrau Jeschke)	-	CDU-Fraktion
	Frau Karch	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Ratsherr Kelich)	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Klapproth	-	CDU-Fraktion
	Ratsfrau Klebe-Politze	-	SPD-Fraktion
	(Beigeordneter Klie)	-	SPD-Fraktion
	(Ratsfrau Klingenburg-Pülm)	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Ratsherr Müller)	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Nolte-Vogt	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Frau Pietsch)	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Ratsherr Pohl	-	CDU-Fraktion
	Ratsfrau Pollok-Jabbi	-	DIE LINKE.
	(Herr Riechel-Rabe)	-	DRK Region Hannover e. V.
	Herr Teuber	-	Arbeiterwohlfahrt, Region Hannover e. V.
	Herr Werkmeister	-	DRK Region Hannover e. V.
	Frau Wermke	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
B	<u>Grundmandat</u>		
	(Ratsherr Böning)	-	Die Hannoveraner
	Ratsherr Engelke	-	FDP-Fraktion
C	<u>Beratende Mitglieder</u>		
	Frau Bloch	-	Vertreterin der katholischen Kirche
	Frau Broßat-Warschun	-	Leiterin des Fachbereichs Jugend und Familie
	(Frau David)	-	Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch von Mädchen (Violetta)
	(Herr Dencker)	-	Vormundschaftsrichter

	(Frau Hartleben-Baildon)	-	Sozialarbeiterin
	(Herr Jantz)	-	Beratungsstelle mannigfaltig
	(Frau Kumkar)	-	Lehrerin
	(Herr Mastbaum)	-	Vertreter der Jüdischen Gemeinde
	(Frau Nofz)	-	Vertreterin der Vertreterversammlung der Eltern und Mitarbeiter hann. Kindertagesstätten und Kinderläden
	(Herr Pappert)	-	Vertreter der ev. Kirche
	Herr Rohde	-	Stadtjugendpfleger
	Frau Schnieder	-	Vertreterin der Kinderladeninitiative Hannover e. V.
	(Herr Steinecke)	-	Vertreter der Freien Humanisten
D	<u>Presse</u>		
	Herr Krasselt	-	Neue Presse
	Frau Rinas	-	Hannoversche Allgemeine Zeitung
E	<u>Verwaltung</u>		
	Frau Bartoszak	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kommunaler Sozialdienst
	Herr Belitz	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Jugend- und Familienberatung
	Frau Brodrück	-	ÖPR 51
	Herr Cordes	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
	Herr Dienst	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
	Herr Gronemann	-	Fachbereich Gebäudemanagement, Bereich Bauen 2 – Technisches Gebäudemanagement
	Frau Kämpfe	-	Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Hannover
	Frau Kalmus	-	Büro Oberbürgermeister, Presseinformation und Öffentlichkeitsarbeit
	Herr Kiklas	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kinder- und Jugendarbeit
	Frau Klinschpahn-Beil	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
	Herr Körber	-	Dez. IV
	Frau Kuhlmeiy	-	Fachbereich Jugend und Familie, Familienmanagerin
	Herr Kunze	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kommunaler Sozialdienst
	Herr Maschke	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Heimverbund
	Frau Mühsam	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kommunaler Sozialdienst
	Herr Rauhaus	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Kindertagesstätten
	Frau Rieger	-	Fachbereich Jugend und Familie, Bereich Unterhaltsrecht und Erziehungsgeld
	Frau Rzyski	-	Bildungs-, Jugend- und Familiendezernentin
	Frau Sauermann	-	Dez. III

Frau Fritz für das Protokoll
Herr Krömer für das Protokoll

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE
3. Genehmigung des Protokolls über die 35. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2016
4. Bericht aus der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung vom 04.03.2016
5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Einrichtung eines Jugendbeirats (Drucks. Nr. 0141/2016)
6. 3 Kita-Neubauten
Neubau eines Familienzentrums in der Walter-Ballhause-Straße und
Neubau einer Kindertagesstätte in der Hohe Straße und
Neubau eines Familienzentrums in der Beckstraße
(Drucks. Nr. 2315/2015 mit 3 Anlagen)
- 6.1. Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Linden-Limmer zur DS-Nr. 2315/2015
3 Kita-Neubauten
Neubau eines Familienzentrums in der Walter-Ballhause-Straße und
Neubau einer Kindertagesstätte in der Hohe Straße und
Neubau eines Familienzentrums in der Beckstraße
(Drucks. Nr. 2315/2015 E1 mit 1 Anlage)
7. IGS Südstadt - Sanierung des Bestandsgebäudes und Erweiterung um einen Anbau sowie Errichtung einer Vier-Gruppen-Kindertagesstätte (Drucks. Nr. 0295/2016 mit 3 Anlagen)
- 7.1. IGS Südstadt - Sanierung des Bestandsgebäudes und Erweiterung um einen Anbau sowie Errichtung einer Vier-Gruppen-Kindertagesstätte (Drucks. Nr. 0295/2016 E1 mit 2 Anlagen)
8. Spielhaus Linden, Walter-Ballhause-Straße, Baumaßnahmen zur Sicherstellung der Betriebserlaubnis (Drucks. Nr. 0442/2016 mit 3 Anlagen)
9. Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030" (Drucks. Nr. 0508/2016 mit 1 Anlage)

10. "Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"
(Informationsdrucks. Nr. 0349/2016)
11. Familienbericht/ Empfehlungen zu familienpolitischen Handlungsleitlinien-
und maßnahmen 2016 - 2021
(Informationsdrucks. Nr. 0863/2016 mit 3 Anlagen)
12. Auswertung der Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
(Informationsdrucks. Nr. 0735/2016 mit 1 Anlage)
13. Kinderschutzbericht Fachbereich 51 – Kooperationen und Vereinbarungen
zum Kinderschutz
(Informationsdrucks. Nr. 0786/2016)
14. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)
(Informationsdrucks. Nr. 0796/2016 mit 1 Anlage)
15. Maßnahme der Kinderbetreuung und Elternbegleitung für Flüchtlingsfamilien
gemäß DS 2094/2015
(Drucks. Nr. 0869/2016)
16. Förderung des Kontaktkindergartens Weberstraße in Betriebsführung der
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH
(Drucks. Nr. 0346/2016)
17. Fortführung des Innovativen Modellprojekts "Sandkörnchen" Wülferoder
Straße 4, 30539 Hannover
(Drucks. Nr. 0357/2016)
18. Fortführung des Innovativen Modellprojektes an der Kardinal-Bertram-Schule
(Drucks. Nr. 0608/2016)
19. Fortführung des Innovativen Modellprojektes 'Bergadler' an der Grundschule
Beuthener Str.
(Drucks. Nr. 0609/2016)
20. Fortführung des Innovativen Modellprojektes an der
Heinrich-Wilhelm-Olbers-Grundschule
(Drucks. Nr. 0624/2016)
21. Fortführung des Innovativen Modellprojektes des Fördervereins der
Grundschule Suthwiesenstraße e.V.
(Drucks. Nr. 0625/2016)
22. Umwandlung einer Kindergartengruppe in der Kindertagesstätte der kath. St.
Eugenius - Kirchengemeinde in eine Integrationsgruppe
(Drucks. Nr. 0706/2016)
23. Aufstockung der Betreuungszeiten in Kindertagesstätten des Stadtbezirks
Vahrenwald-List
(Drucks. Nr. 0770/2016)
24. Aufstockung der Betreuungszeit in der Kindertagesstätte Gundelachweg im

Stadtteil Mittelfeld
(Drucks. Nr. 0772/2016)

25. Aufstockung der Betreuungszeit in Kindertagesstätten im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide
(Drucks. Nr. 0798/2016)
 26. Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiter/innen; Zentrale Führung und Jugendarbeit im Stadtgebiet
(Drucks. Nr. 0676/2016)
 27. Bericht der Dezernentin
- II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL
28. Trägerschaft für die 2-gruppige Kindertagesstätte Klagesmarkt
(Drucks. Nr. 0315/2016 mit 1 Anlage)

ÖFFENTLICHER TEIL

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Müller-de Buhr eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Anschließend begrüßte er eine Klasse der Marie-Curie-Schule, die im Rahmen ihrer Projekte "Rathaus Live" und "Macht Live" in Begleitung des Vereins "Politik zum Anfassen" und ihrer Lehrerin eine Ausschusssitzung besuchen wollten.

Zur Tagesordnung merkte **Ratsfrau Barnert** an, dass die Punkte 7 und 7.1 in die Fraktionen gezogen würden, weil seitens der Mitglieder des Schulausschusses noch Klärungsbedarf mit dem Stadtbezirksrat Südstadt-Bult bestehe; dieser Tage erst nach der laufenden Sitzung.

Die Frage von **Herrn Teuber**, ob das Protokoll verschickt worden sei, wurde durch den Vorsitzenden bejaht.

Der Jugendhilfeausschuss genehmigte daraufhin einstimmig die Tagesordnung in der vom Ratsherrn Müller-de Buhr vorgetragenen Fassung.

Tagesordnungspunkt 2

EINWOHNERINNEN- und EINWOHNERFRAGESTUNDE

Ein Einwohner wies auf eine Studie des pädagogischen Institutes Frankfurt am Main hin und fragte, welche Schlüsse die Landeshauptstadt Hannover aus dieser Studie ziehe und ob sie auch finanzielle Anstrengungen unternehme, die Qualität der Ganztagsbetreuung zu überprüfen und im Laufe der Zeit zu steigern.

Frau Rzyski wies in ihrer Antwort darauf hin, dass die genannte Studie eine unter mehreren sei und dass andere Studien, wie die des Institutes für Soziale Arbeit der Universität Münster zu anderen Ergebnissen kämen. Dass die gebundene Ganztagschule den Vorzug vor der offenen Ganztagschule habe, könne sie weder behaupten noch widerlegen. Jede einzelne Einrichtung, die sich mit der Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen beschäftige, müsse immer wieder die eigenen Konzepte und Ziele überprüfen, und auch die Verwaltung wolle und müsse daran arbeiten, die Betreuung in den Ganztageseinrichtungen zu verbessern.

Eine Nachfrage hinsichtlich der gegenwärtigen und zukünftigen Anzahl von Ganztagschulen in der Landeshauptstadt Hannover beantwortete sie, indem sie darauf hinwies, dass es gegenwärtig 30 Ganztagschulen gebe und dass im nächsten Jahr weitere 7 Grundschulen umgewandelt würden. In nahezu allen Grundschulen bestehe der Wunsch, Ganztagschule zu werden. Da die Verwaltung nicht alle Grundschulen gleichzeitig wandeln könne, müsse eine Prioritätsliste aufgestellt werden.

Danach schloss **Ratsherr Müller-de Buhr** die Einwohnerfragestunde.

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung des Protokolls über die 35. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.02.2016

Der Jugendhilfeausschuss genehmigte bei 3 Enthaltungen das Protokoll über seine 35. Öffentliche Sitzung am 22.02.2016.

Tagesordnungspunkt 4

Bericht aus der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung vom 04.03.2016

Ratsherr Pohl gab einen kurzen Bericht über den Sitzungsverlauf.

Tagesordnungspunkt 5

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Einrichtung eines Jugendbeirats

Nachdem **Ratsfrau Pollok-Jabbi** den Antrag kurz begründet hatte, erklärte **Ratsfrau Barnert**, dass ihre Fraktion den Antrag ablehne, weil zum einen kleinstädtische Strukturen

nicht auf die Stadt Hannover übertragen werden könnten und sich zum anderen herausgestellt habe, dass derartige formale Gremien oft nicht lange Bestand hätten. Ihre Fraktion setze darauf, dass junge Menschen selbst entwickelten, wie sie sich beteiligen wollten. In diesem Zusammenhang sei auf das Bundesprojekt "jugendgerechte Kommune" zu verweisen, an dem sich die Landeshauptstadt Hannover beteilige.

Ratsherr Engelke meinte, die Idee sei zwar gut, jedoch machten Rat und Verwaltung jetzt bereits mehr. Außerdem erinnere er daran, dass es bereits einmal ein Jugendparlament in Hannover gegeben habe. Dieses habe sich jedoch wieder aufgelöst, nachdem die engagierten Jugendlichen die Schule verlassen hätten.

Herr Duckstein sprach sich für die Idee aus, meinte jedoch, dass der Begriff der Beteiligung näher definiert werden müssen. Weil dies im Antrag auch nicht geschehen sei, werde sich der Stadtjugendring Hannover e. V. enthalten.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl mit 1 Ja-Stimme gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, folgenden Antrag abzulehnen:

Gemäß §§ 10, 36 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 434) beschließt der Rat der Landeshauptstadt Hannover die Bildung eines Jugendbeirats zur Teilhabe aller jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohner an der politischen Willensbildung sowie eine entsprechende, von der Verwaltung zu erstellende "Satzung über den Jugendbeirat der Landeshauptstadt Hannover" zu verabschieden. Als Vorlage mag die diesem Antrag als Anlage beiliegende "Satzung des Jugendparlamentes der Samtgemeinde Nenndorf" dienlich sein.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0141/2016)

Tagesordnungspunkt 6

3 Kita-Neubauten

Neubau eines Familienzentrums in der Walter-Ballhause-Straße und Neubau einer Kindertagesstätte in der Hohe Straße und Neubau eines Familienzentrums in der Beckstraße

Der Jugendhilfeausschuss empfahl mit 12 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen, den Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Linden-Limmer Nr. 15-0256/2016 zur Drucksache 2315/2015 abzulehnen.

In den Ausschuss für Haushalt,
Finanzen und Rechnungsprüfung!
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirt-
schafts- und Liegenschaftsangelegenheiten!
In den Organisations- und Personalausschuss!
In den Verwaltungsausschuss!
In die Ratsversammlung!
An den Stadtbezirksrat Linden-Limmer (zur Kenntnis)!
An den Stadtbezirksrat Ricklingen (zur Kenntnis)!
(Drucksache Nr. 2315/2015 E1)

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige
Beschlussempfehlung,
die Verwaltung zu beauftragen, auf den vorgenannten
Grundstücken

1. eine 4-Gruppen-Kindertagesstätte
(Walter-Ballhause-Straße), eine
5-Gruppen-Kindertagesstätte (Hohe Straße) und eine
8-Gruppen-Kindertagesstätte (Beckstraße) unter
Zugrundelegung der Standardraumprogramme zu
errichten,
2. das Vorhaben im Rahmen eines Eignungstestes als
ÖPP-Modell zu untersuchen und mittels einer
vorläufigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu
verifizieren, sowie
3. bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit das Projekt als
ÖPP-Modell mit den Leistungsbestandteilen Planen,
Bauen und Finanzieren vorzubereiten, durchzuführen
und den Ratsgremien das Ergebnis des
Verhandlungsverfahrens zur Beschlussfassung
vorzulegen.

In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer!
In den Stadtbezirksrat Ricklingen!
In den Ausschuss für Haushalt;
Finanzen und Rechnungsprüfung!
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirt-
schafts- und Liegenschaftsangelegenheiten!
In den Organisations- und Personalausschuss!
In den Verwaltungsausschuss!
In die Ratsversammlung!
(Drucksache Nr. 2315/2015)

Tagesordnungspunkt 6.1

Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Linden-Limmer zur DS-Nr. 2315/2015
3 Kita-Neubauten
Neubau eines Familienzentrums in der Walter-Ballhause-Straße und Neubau einer
Kindertagesstätte in der Hohe Straße und Neubau eines Familienzentrums in der
Beckstraße

- behandelt im Rahmen von Tagesordnungspunkt 6 -

Tagesordnungspunkt 7

IGS Südstadt - Sanierung des Bestandsgebäudes und Erweiterung um einen Anbau sowie Errichtung einer Vier-Gruppen-Kindertagesstätte

- von der SPD-Fraktion in die Fraktionen gezogen -

Tagesordnungspunkt 7.1

Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult zur DS-Nr. 0295/2016, IGS Südstadt – Sanierung des Bestandsgebäudes und Erweiterung um einen Anbau sowie Errichtung einer Vier-Gruppen-Kindertagesstätte

- von der SPD-Fraktion in die Fraktionen gezogen –

Tagesordnungspunkt 8

Spielhaus Linden, Walter-Ballhause-Straße, Baumaßnahmen zur Sicherstellung der Betriebserlaubnis

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung,

1. der Haushaltsunterlage Bau gem. § 12 GemHKVO zur Sicherstellung der Betriebserlaubnis in Höhe von insgesamt 450.000 €

sowie

2. der Mittelfreigabe in Höhe von 450.000 € durch den Verwaltungsausschuss, vorbereitet durch den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (finanzielle Zuständigkeit)

zuzustimmen.

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten!
In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0442/2016)

Tagesordnungspunkt 9

Integrierter Stadtentwicklungsprozess "Mein Hannover 2030"

Nachdem **Frau Rzyski** anhand der Drucksache Nr. 0508/2016 vorgetragen hatte, erklärte **Ratsherr Pohl**, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Das Projekt sei von

Anfang an als zu teuer von seiner Fraktion kritisiert worden; überdies handle es sich hier nach Auffassung der CDU-Fraktion um eine Informationsdrucksache. Seine Fraktion sei nicht bereit, einen Beschluss über Gemeinplätze zu fassen, wie sie hier formuliert seien.

Ratsfrau Barnert widersprach, indem sie deutlich machte, was hier beschlossen werden solle.

Ratsfrau Nolte-Vogt schloss sich ihrer Vorrednerin an und machte darüber hinaus deutlich, dass den Jugendlichen auch öffentlicher Raum überlassen werden müsse.

Ratsfrau Pollok-Jabbi erklärte, dass ihre Fraktion den Antrag ebenfalls ablehne, da er zu viele Gemeinplätze enthalte.

Im Übrigen sei sie der Auffassung, dass sich Jugendliche genauso in der Stadt aufhalten könnten wie jeder andere Mensch auch. Dabei müsse es keinesfalls nur um Kommerz gehen, sondern auch darum, sich einfach zu treffen.

Herr Duckstein knüpfte an die Frage der Beteiligung an und meinte, hier gehe es nicht darum, Beteiligungsgremien zu schaffen, sondern um eine Haltung, welche die Stadt befähige, mit Jugendkulturen umzugehen.

Der Antrag weise in die richtige Richtung, jedoch bestehe die Befürchtung, dass alles zu allge-mein formuliert sei. Aus diesem Grunde werde sich der Stadtjugendring Hannover e. V. enthalten.

Frau Rzycki bemerkte, dass die Drucksache den Dialog zusammenfasse, der bisher geführt worden sei und sprach sich dafür aus, der Drucksache zuzustimmen.

Ratsherr Pohl bemerkte, dass der Prozess nicht in aller Breite geführt worden sei, weil einige, für die CDU-Fraktion unverzichtbare Punkte wie zum Beispiel der öffentliche Personen-nahverkehr oder Bauvorhaben in der City, ausgeblendet worden seien.

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 8 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen die Beschlussempfehlung,

1. die Ergebnisse des Stadtentwicklungsprozesses "Mein Hannover 2030" zur Kenntnis zu nehmen.
2. die Verwaltung zu beauftragen, das Stadtentwicklungskonzept "Mein Hannover 2030" als integrierten Prozess gemäß Punkt 2) der Begründung umzusetzen.

In den Schul- und Bildungsausschuss!

In den Ausschuss für ,
Finanzen und Rechnungsprüfung!

In den Verwaltungsausschuss!

In die Ratsversammlung!

An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)!

(Drucksache Nr. 0508/2016)

Tagesordnungspunkt 10

"Mein Hannover 2030 - Mädchen in der Stadt"

- zur Kenntnis genommen -

Tagesordnungspunkt 11

Familienbericht/Empfehlungen zu familienpolitischen Handlungsleitlinien- und maßnahmen 2016 – 2021

Ratsfrau Barnert bedankte sich bei der Verwaltung für die Drucksache und hob noch einmal den großen Umfang der Beteiligungsverfahren hervor.

Daraufhin stellte **Ratsherr Müller-de Buhr** fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 0862/2916 zur Kenntnis genommen habe.

Tagesordnungspunkt 12

Auswertung der Fachberatung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Frau Broßat-Warschun trug zu den Informationsdrucksachen Nrn. 0735/2016 und 0786/2016 vor und wies darauf hin, dass im Jugendhilfeausschuss regelmäßig zum Thema Umsetzung Bundeskinderschutzgesetz und Schutz vor Kindeswohlgefährdung berichtet werde. Es sei wichtig, dass alle Beteiligten in ständigem Austausch blieben. Insofern sei auch die Kooperation zwischen Stadt und Region Hannover, deren Etablierung nicht einfach gewesen sei, unverzichtbar und wichtig.

Ratsfrau Barnert lobte die Arbeit der Verwaltung im Hinblick auf die Informationsdrucksachen Nrn. 0735/2016 und 0785/2016 und bat um Erläuterung der Diagramme auf den Seiten 8 und 15 der Informationsdrucksache Nr. 0735/2016.

Frau Broßat-Warschun erklärte, dass dies mit dem Protokoll geschehen werde (s. Anlage).

Ratsfrau Nolte-Vogt fragte im Hinblick auf die Informationsdrucksache Nr. 0786/2016, wann sich der Runde Tisch "Prävention und Schutz vor Gewalt und sexualisierter Gewalt in Flüchtlingsunterkünften und im Obdach" treffe und für wann der Workshop geplant sei.

Frau Bartoszak erwiderte, dass der Workshop bereits stattgefunden habe und dass sich der Runde Tisch drei- bis viermal im Jahr treffe, das nächste Mal im August 2016.

Herr Teuber meinte, dass der Bericht über die Beratung der Fachkräfte noch um die bei den Verbänden vor Ort geleistete Beratungstätigkeit ergänzt werden müsste. Im Hinblick auf die Verpflichtung zu einer Jugendhilferahmenplanung gemäß § 80 Sozialgesetzbuch VIII fragte er, ob sich die Verwaltung bereits Gedanken gemacht habe, inwieweit Kinder und Jugendliche über den § 8 b hier eingebunden werden könnten.

Frau Broßat-Warschun erklärte, dass die Anregung, den Bericht entsprechend zu ergänzen, aufgenommen werde. Die andere Thematik sollte in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII diskutiert werden.

Ratsherr Müller-de Buhr stellte fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksachen Nrn. 0735/2016 und 0786/2016 zur Kenntnis genommen habe.

Tagesordnungspunkt 13

Kinderschutzbericht Fachbereich 51 – Kooperationen und Vereinbarungen zum Kinderschutz

- behandelt im Rahmen von Tagesordnungspunkt 12 -

Tagesordnungspunkt 14

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF)

Nachdem **Frau Broßat-Warschun** eine kurze Einführung gegeben hatte, lobte **Ratsfrau Barnert** die Informationsdrucksache und fragte, wie viele Gastfamilien inzwischen Flüchtlingskinder aufgenommen hätten, warum es in einigen Fällen kein Kostenerstattungsanerkennnis gebe und wann hier eine Klärung herbeigeführt werde.

Frau Mühsam bemerkte, dass inzwischen 6 Gastfamilien belegt seien und betonte, dass in den nächsten ein bis zwei Monaten etwa 15 Gastfamilien belegt werden könnten.

Zur Frage der Kostenerstattung führte **Frau Broßat-Warschun** aus, dass das Landesamt gegenwärtig sowohl die bis zum 01.11.2015 als auch die danach aufgelaufenen Fälle bearbeite. Die Gelder würden kommen, jedoch könne gegenwärtig niemand angeben, wann das der Fall sein werde. Dieses Problem hätte nicht nur die Stadt Hannover, sondern auch alle anderen Kommunen.

Ratsfrau Nolte-Vogt bedankte sich für die Vorlage und fragte, wie viele stationäre Plätze zur Verfügung stünden.

Herr Kunze erwiderte, dass es im Moment kaum freie Plätze gebe. Hier werde jede sich bietende Möglichkeit genutzt. Für die in der Stadt Hannover betreuten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge würden noch etwa 150 bis 200 Plätze benötigt.

Auf eine Frage des **Ratsherrn Klapproth** erläuterte er das Verfahren bei der Einrichtung von Vormundschaften.

Auf Fragen des **Ratsherrn Engelke** führte er zunächst aus, dass nach dem Gesetz ein Vollzeitmitarbeiter maximal 50 Vormundschaften führen dürfe. Von den Verbänden würden andere Zahlen diskutiert, was auch sinnvoll sei. In der Landeshauptstadt Hannover führe ein Mitarbeiter im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge 30 Vormundschaften; die Verwaltung habe nicht die Absicht, diese Zahl zu erhöhen.

Nachdem er die in der Informationsdrucksache enthaltenen Zahlen erläutert hatte, ging er noch kurz auf diejenigen ein, die sich beraten ließen, dann aber weiter reisten. Diese jungen Menschen erklärten oft, dass sie gar nicht in Hannover bleiben, sondern weiter zu ihren Verwandten reisen wollten.

Auf Fragen von **Herrn Teuber** äußerte er, dass Familienzusammenführungen auch in andere Städte hinein durchgeführt würden, wenn sich herausstelle, dass Verwandte von in Obhut oder vorläufige Obhut genommenen Flüchtlingskindern in entsprechenden Unterkünften lebten.

Hinsichtlich der Verweildauer in Einrichtungen der Inobhutnahme habe der Gesetzgeber enge Grenzen gesteckt. Danach sollten nach vier Wochen die Perspektivplanungen abgeschlossen sein. Das System sei jedoch überfordert, so dass viele junge Menschen für einen sehr langen Zeitraum in solchen Einrichtungen verblieben.

Herr Teuber wies auf die schwierigen Verhandlungen mit der Region Hannover hinsichtlich der Tagespflegesätze hin und appellierte an die Landeshauptstadt Hannover, hier ihren Einfluss geltend zu machen, da sich alle Beteiligten in einer Notsituation befänden.

Frau Broßat-Warschun erklärte, dass dieses Problem von mehreren Trägern an die Landeshauptstadt Hannover herangetragen worden sei. In verschiedenen Gesprächen mit der Region Hannover sei von dort zugesagt worden, den Trägern zu helfen.

Auf eine Frage von **Herrn Duckstein** erläuterte **Herr Kunze** die Verfahren zur Altersfeststellung. ***Dabei werde mittels eines Röntgenverfahrens die Handwurzel unter-sucht, wodurch das Alter der betreffenden Person mit ziemlicher Genauigkeit be-stimmt werden könne.*** Nachträglich eingefügt aufgrund Festlegung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.05.2016, Tagesordnungspunkt 3. Hierbei machte er deutlich, dass sich die Qualität der In-agenscheinnahme von Kommune zu Kommune erheblich unterscheidet und dass es angesichts der Unterschiede zwischen der Jugendhilfe und dem klassischen System verständlich sei, wenn die jungen Menschen nach den von ihnen gemachten Erfahrungen in eine Jugendhilfemaßnahme wollten.

Auf Fragen des **Ratsherrn Engelke** eingehend, erklärte er zunächst, dass im Augenblick mit der gegebenen Zahl an Mündeln pro Mitarbeiter gearbeitet werden müsse. Es habe hier jedoch eine Veranstaltung gegeben, bei der aus 60 Bewerbungen immerhin 50 Personen für diese Aufgaben hätten gewonnen werden können.

Hinsichtlich der Gastfamilien könne man heute etwa 30 Familien belegen, wobei jedoch darauf zu achten sei, dass dies für den Flüchtling auch passe.

Eine Reihe von kleineren Trägern habe sich gegründet, die jetzt in einer "AG Netzwerke" eingeladen würden, um das große Angebot in diesem Bereich zu strukturieren.

Es scheine so, als ob das Angebot der Paten und Lotsen für jugendliche Flüchtlinge gut passe.

Daraufhin stellte **Ratsherr Müller-de Buhr** fest dass der Jugendhilfeausschuss die Informationsdrucksache Nr. 0896/2016 zur Kenntnis genommen habe.

Tagesordnungspunkt 15

Maßnahme der Kinderbetreuung und Elternbegleitung für Flüchtlingsfamilien gemäß DS 2094/2015

Frau Heusler und **Herr Werkmeister** nahmen an der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung,

1. dem Deutschen Roten Kreuz Kinder- und Jugendhilfe Region Hannover gem. GmbH für die Unterstützung der Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der DRK Kindertagesstätte Berggartenstr. 2a gemäß DS 2094/2015 ab dem 01.04.2016 jährlich 15.000 € zu bewilligen.
2. dem Caritasverband Hannover e. V. für die Unterstützung der Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der Kindertagesstätte St. Katharina, Entenfangweg 19, der Kindertagesstätte

Fridtjof-Nansen-Haus, Gulbrandsonweg 14 und der Kindertagesstätte St. Bernward, Helmstedter Straße 14 gemäß DS 2094/2015 ab dem 01.04.2016 jährlich 24.000 € zu bewilligen.

3. dem Deutschen Roten Kreuz Soziale Dienste Region Hannover gem. GmbH für die Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in der Flüchtlingsunterkunft Rosebeckstr. 15 gemäß DS 2094/2015 und vorgelegtem Konzept 35.208 € jährlich ab dem 01.04.2016 zu bewilligen.

In den Ausschuss für Haushalt,
Finanzen und Rechnungsprüfung!
In den Verwaltungsausschuss!
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis!)
An den Ausschuss für Integration,
Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss) (zur Kenntnis!)
An den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld
(zur Kenntnis!)
An den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten
(zur Kenntnis!)
An den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel (zur Kenntnis!)
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken
(zur Kenntnis!)
(Drucksache Nr. 0869/2016)

Tagesordnungspunkt 16

Förderung des Kontaktkindergartens Weberstraße in Betriebsführung der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung,

- die Umwandlung der finanziellen Förderung der Integrationsgruppe des Kontaktkindergartens Weberstraße 8/10 in 30449 Hannover mit 18 Plätzen, 14 Regelkinder und 4 Integrationskinder,
- ab dem 01.08.2016 eine finanzielle Förderung gemäß der Richtlinien über die Förderungsvoraussetzungen und Förderungsbeträge für Kleine Kindertagesstätten und Kindertagesstätten in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten, eingetragenen Vereinen zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
An den Stadtbezirksrat Linden-Limmer (zur Kenntnis!)
(Drucksache Nr. 0346/2016)

Tagesordnungspunkt 17

Fortführung des Innovativen Modellprojekts "Sandkörnchen" Wülferoder Straße 4, 30539 Hannover

Die Frage des **Ratsherrn Müller-de Buhr**, ob die Punkte 17 bis 21 zusammen abgestimmt werden könnten, erhielt breite Zustimmung.

Auf eine Frage von **Ratsfrau Nolte-Vogt** erklärte **Frau Klinschpahn-Beil**, das zum Doppelhaushalt 2017/18 die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten; das berühre nicht den in Rede stehenden Beschluss.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, dem Förderverein der Grundschule am Sandberge zur Fortführung des Innovativen Modellprojektes "Sandkörnchen", Wülferoder Straße 4, 30539 Hannover für das Schuljahr 2016/2017 vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2017 laufende Beihilfen für eine Gruppe mit 20 Betreuungsplätzen - entsprechend der gültigen Richtlinien für den Betrieb von Innovativen Modellprojekten (DS Nr. 1805/2008) - in Höhe von 75,00 € pro Kind/Monat zuzüglich ausfallender Elternbeiträge zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0357/2016)

Tagesordnungspunkt 18

Fortführung des Innovativen Modellprojektes an der Kardinal-Bertram-Schule

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, dem Förderverein der Kardinal-Bertram-Schule e. V. zur Fortführung des Innovativen Modellprojektes an der Kardinal-Bertram-Schule, Loccumer Str. 46, 30519 Hannover, im Stadtteil Döhren, für das Schuljahr 2016/2017 vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2017 laufende Beihilfen für zwei Gruppen mit 40 Betreuungsplätzen - entsprechend der gültigen Richtlinien für den Betrieb von Innovativen Modellprojekten (DS Nr. 1805/2008) - in Höhe von 75,00 € pro Kind/Monat zuzüglich ausfallender Elternbeiträge zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0608/2016)

Tagesordnungspunkt 19

Fortführung des Innovativen Modellprojektes 'Bergadler' an der Grundschule Beuthener Str.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, dem Förderverein der Grundschule Beuthener Str. e. V. zur Fortführung des Innovativen Modellprojektes 'Bergadler', Beuthener Str. 23, 30519 Hannover, für das Schuljahr 2016/2017 vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2017 laufende Beihilfen für eine Gruppe mit 20 Betreuungsplätzen - entsprechend der gültigen Richtlinien für den Betrieb von Innovativen Modellprojekten (DS Nr. 1805/2008) - in Höhe von 75,00 € pro Kind/Monat zuzüglich ausfallender Elternbeiträge zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0609/2016)

Tagesordnungspunkt 20

Fortführung des Innovativen Modellprojektes an der Heinrich-Wilhelm-Olbers-Grundschule

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, dem Förderverein der Heinrich-Wilhelm-Olbers Grundschule e. V. zur Fortführung des Innovativen Modellprojektes, Olbersstraße 13, 30519 Hannover, für das Schuljahr 2016/2017 vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2017 laufende Beihilfen für eine Gruppe mit 20 Betreuungsplätzen - entsprechend der gültigen Richtlinien für den Betrieb von Innovativen Modellprojekten (DS Nr. 1805/2008) - in Höhe von 75,00 € pro Kind/Monat zuzüglich ausfallender Elternbeiträge zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0624/2016)

Tagesordnungspunkt 21

Fortführung des Innovativen Modellprojektes des Fördervereins der Grundschule Suthwiesenstraße e. V.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, dem Förderverein der Grundschule Suthwiesenstraße zur Fortführung des Innovativen Modellprojektes, Suthwiesenstr. 36, 30519 Hannover, für das Schuljahr 2016/2017 vom 01.08.2016 bis zum 31.07.2017 laufende

Beihilfen für eine Gruppe mit 20 Betreuungsplätzen - entsprechend der gültigen Richtlinien für den Betrieb von Innovativen Modellprojekten (DS Nr. 1805/2008) - in Höhe von 75,00 € pro Kind/Monat zuzüglich ausfallender Elternbeiträge zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0625/2016)

Tagesordnungspunkt 22

Umwandlung einer Kindergartengruppe in der Kindertagesstätte der kath. St. Eugenius-Kirchengemeinde in eine Integrationsgruppe

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, eine Kindergartengruppe (25 Kinder, ganztags) der Kindertagesstätte der St. Eugenius-Kirchengemeinde, Spittastr. 6 im Stadtteil Mittelfeld, in eine Kindergarten-Integrationsgruppe mit 18 Kindern (ganztags) umzustrukturieren und dem Gesamtverband der kath. Kirchengemeinden in der Region Hannover als Träger der Einrichtung ab Erteilung der Betriebserlaubnis, frühestens jedoch ab dem 01.08.2016 laufende Beihilfen auf der Grundlage der DS Nr. 2735/1997 "Förderung von Integrationsgruppen und Kindergruppen mit Einzelintegration - gemäß Anlage 2" zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0706/2016)

Tagesordnungspunkt 23

Aufstockung der Betreuungszeiten in Kindertagesstätten des Stadtbezirks Vahrenwald-List

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob etwas dagegen spreche, die Punkte 23 – 25 zusammen abzustimmen, bat **Ratsherr Pohl** darum, den Tagesordnungspunkt 23 in Punkt 3 getrennt abzustimmen. Hier gehe es um eine Hortgruppe, die auf 10 Plätze reduziert werden solle, obwohl auch nach dem 01.08.2016 noch 13 Plätze nachgefragt würden. Da im Übrigen durch den Aus-bau der Grundschule Mengendamm zu einer Ganztagschule Hortplätze verloren gehen könn-ten, werde die CDU-Fraktion den genannten Punkt 3 ablehnen.

Frau Rzyski stellte richtig, dass durch den Ausbau der Grundschule Mengendamm zu einer Ganztagschule keine Hortplätze verloren gingen. Vielmehr gehe es darum, dass die beiden Angebotsträger perspektivisch zusammengeführt würden. Niemand wolle Hortplätze abschaffen, die nachgefragt würden.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung,

in den folgenden Einrichtungen in Trägerschaft des Ev.-luth. Stadtkirchenverbandes Hannover zum 01.08.2016 die Betreuungszeiten auszuweiten:

1. Kindertagesstätte Klopstockstr. (Gethsemane), Klopstockstr. 18, eine Kindergartengruppe (18 Plätze) von 3/4 - auf eine Ganztagsbetreuung,
2. Kindertagesstätte Lister Johannes- und Matthäusgemeinde, Bothfelder Str. 31, eine Kindergartengruppe (25 Plätze) von 3/4 - auf eine Ganztagsbetreuung,

Der Jugendhilfeausschuss gab mit 9 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Beschlussempfehlung,

3. Kindertagesstätte Lukaskirche, Dessauerstr. 2, eine Kindergartengruppe (25 Plätze) von 3/4 - auf eine Ganztagsbetreuung auszuweiten und die an diesem Standort nicht mehr nachgefragte Hortgruppe um 10 Plätze zu reduzieren,

sowie laufende Beihilfen auf Basis der gültigen Förderrichtlinien für verbandseigene Kindertagesstätten (VBE) zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0770/2016)

Tagesordnungspunkt 24

Aufstockung der Betreuungszeit in der Kindertagesstätte Gundelachweg im Stadtteil Mittelfeld

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige Beschlussempfehlung, die Betreuungszeit einer Krippengruppe (15 Plätze) sowie einer integrativen Kindergartengruppe (16 Plätze) in der Kindertagesstätte Gundelachweg 7 im Stadtteil Mittelfeld, von 3/4- auf eine Ganztagsbetreuung auszuweiten und dem Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland e. V. (CJD) als Träger der Einrichtung ab Erteilung der entsprechenden Betriebserlaubnis, frühestens jedoch ab dem 01.08.2016 die laufende Förderung entsprechend der Richtlinien über die Förderungsvoraussetzungen und Förderungsbeträge für Kindertagesstätten in Trägerschaft von gemeinnützig anerkannten Vereinen und Kleinen Kindertagesstätten zu gewähren.

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0772/2016)

Tagesordnungspunkt 25

Aufstockung der Betreuungszeit in Kindertagesstätten im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide

Frau Heusler und **Herr Werkmeister** nahmen an der Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Der Jugendhilfeausschuss gab die einstimmige
Beschlussempfehlung,

1. die Betreuungszeit der Kindergartengruppe (25 Plätze, 3/4-Betreuung) in der Kindertagesstätte Wietzegraben in Trägerschaft der Gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit GmbH (GGPS),
2. die Betreuungszeit der Kindergartengruppe (25 Plätze, 3/4-Betreuung) in der Kindertagesstätte St. Valentin in Trägerschaft des Caritasverbandes Hannover e. V. (Caritas),
3. die Betreuungszeit der Kindergartengruppe (25 Plätze, 3/4-Betreuung) in der Kindertagesstätte St. Nicolai in Trägerschaft des Ev.-luth. Stadtkirchenverbandes Hannover (Staki),
4. die Betreuungszeit der Krippengruppe (15 Plätze, 3/4-Betreuung) in der Kindertagesstätte Wittenberger Straße in Trägerschaft der DRK-Kinder- und Jugendhilfe in der Region Hannover gGmbH (DRK),

5. die Betreuungszeit der Kindergartengruppe (20 Plätze, 3/4-Betreuung) in der Kindertagesstätte St. Philippus in Trägerschaft des Ev.-luth. Stadtkirchenverbandes Hannover (Staki), auf eine Ganztagsbetreuung auszuweiten und ab dem 01.08.2016, spätestens ab Erteilung der Betriebserlaubnis, laufende Zuwendungen auf der Basis der Fördergrundsätze über den Ersatz der Betriebskosten für städt. Kindertagesstätten in Verwaltung der Träger der Freien Wohlfahrtspflege (Betriebskostenersatz - BKE) zu gewähren (Ziffern 1. bis 4.) bzw. ab dem 01.08.2016, spätestens ab Erteilung der Betriebserlaubnis, laufende Zuwendungen auf der Basis des Vertrages über die Förderungsvoraussetzungen und Förderungsbeträge der kirchlichen evangelischen Kindertagesstätten in verbandlicher Trägerschaft (Verbandskostenersatz - VBE) zu gewähren (Ziffer 5.).

In den Verwaltungsausschuss!
(Drucksache Nr. 0798/2016)

Tagesordnungspunkt 26

Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiter/innen; Zentrale Führung und Jugendarbeit im Stadtgebiet

Ratsherr Pohl erklärte, dass die CDU-Fraktion die Drucksache 0676/2016 ablehnen werde und fragte die Verwaltung, welche Jugendverbände von der 90-%-Regelung Gebrauch machen wollten.

Herr Rohde wies darauf hin, dass mit den Verbänden noch verhandelt werde; es sei jedoch davon auszugehen, dass drei bis fünf Verbände von dieser Regelung Gebrauch machen würden.

Nachdem **Herr Teuber** deutlich gemacht hatte, dass die Verbände dem Antrag nicht zustimmen würden, erklärte **Herr Duckstein**, dass sich der Stadtjugendring Hannover e. V. enthalten werde. Wie bereits in früheren Sitzungen betont, sehe seine Organisation, dass eine gerechtere Regelung als die vorherige nicht erreicht werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl mit 5 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, folgenden Antrag abzulehnen:
der nachfolgend vorgeschlagenen Änderung der Förderung der Personalkosten von hauptberuflichen Mitarbeiter/innen der Mitgliedsverbände des Stadtjugendringes Hannover e. V. (SJR) zuzustimmen:
Grundsätzlich gelten weiterhin die Richtlinien über die Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen vom 01.07.2013 und die mit Drucksache 15-2081/2015 beschlossene Regelung für die Jahre 2015, 2016 und 2017. 2016 und 2017 wird alternativ zu der

beschlossenen Verfahrensweise auch die Möglichkeit eingeräumt, statt eine Vollzeitstelle zu 90 % zu fördern auch eine 9/10-Stelle mit 100 % zu bezuschussen. Weiterhin gilt die in der Drucksache festgelegte Höchstgrenze einer fiktiven Mitarbeiterin/eines fiktiven Mitarbeiters bei der Landeshauptstadt Hannover mit einer Vollzeitstelle der Entgeltgruppe E09 Stufe 6 TVöD in Höhe von 64.897 €. Bei 9/10-Stellen gilt die anteilige Höchstgrenze von 58.407 €.

In den Verwaltungsausschuss!
In die Ratsversammlung!
(Drucksache Nr. 0676/2016)

Tagesordnungspunkt 27

Bericht der Dezernentin

Frau Rzyski bemerkte zunächst, dass in der Kommission Kinder- und Jugendhilfeplanung Frau Klindt-Krause als stellvertretendes Mitglied der Kinderladen-Initiative Hannover e. V. durch Frau Böhme ersetzt werde.

Anschließend wies sie auf die Neuerscheinung des Familienkompasses hin.

Ratsfrau Barnert lobte die Broschüre und meinte, sie habe in den Printmedien darüber praktisch nichts gelesen. Daher fragte sie, ob die Verwaltung hier noch einmal einen Versuch machen wolle.

Frau Broßat-Warschun meinte, dass in Form einer Pressemitteilung versucht worden sei, auf die Neuerscheinung des Familienkompasses aufmerksam zu machen. Diese sei jedoch nicht an hervorragender Stelle veröffentlicht worden.

Herr Teuber lud die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zum 50-Jährigen Bestehen der Kindertagesstätte Hiltrud-Grote-Weg am 11.06.2016 ein.

Daraufhin bedankte sich **Ratsherr Müller-de Buhr** bei den Anwesenden und schloss die Sitzung.

20

(Rzyski)
Stadträtin

Für die Niederschrift:
(Krömer)